Steuerflucht bekämpfen, Steuerprüfungen intensivieren, Mehreinnahmen generieren (Plenarsitzung vom 16.07.2010)

Rüdiger Sagel* (LINKE): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Es ist mir eine besondere Freude, dass die Fraktionen von CDU und FDP mit ihrer unsäglichen Arroganz, die man während der letzten Jahre im Landtag erleben konnte, ordentlich auf die Nase gefallen sind. Das möchte ich Ihnen noch mitgeben, bevor Sie sich in die Mittagspause verabschieden.

(Beifall von der LINKEN)

Diese Arroganz haben wir in vielen Bereichen erlebt. Wir haben auch erlebt, dass NRW finanzpolitisch in einer dramatischen Situation ist. Der Finanzminister – man müsste besser sagen: Rekordschuldenminister – Linssen hat uns einen „Kahlen Asten“ von fast 130 Milliarden € Schulden hinterlassen. Sogar mehr als 20 Milliarden € sind von ihm in den letzten fünf Jahren aufgehäuft worden.

Ein Umsteuern in der Finanzpolitik ist deshalb – und nicht nur deshalb – wichtiger denn je. Wir brauchen endlich mehr Steuergerechtigkeit in Deutschland. Wir brauchen eine Börsenumsatz- und eine Millionärssteuer, höhere Spitzensteuersätze von über 50 %, wie es übrigens noch unter der Regierung Kohl der Fall war.

(Beifall von der LINKEN)

NRW hat leider – das gilt auch für alle anderen Bundesländer – sehr wenige Steuerkompetenzen. Zumindest aber können wir durch Bundesratsinitiativen einiges tun, damit sich im Bund einiges ändert.

Wir können aber natürlich auch versuchen, von NRW aus Zeichen zu setzen. Eines dieser Zeichen ist der Antrag, den wir hier heute vorgelegt haben.

Man muss allerdings auch ein paar Worte zum Koalitionsvertrag von SPD und Grünen verlieren. Der Koalitionsvertrag ist auch im haushalts- und finanzpolitischen Teil leider kein wirkliches Zeichen für einen tatsächlichen Politikwechsel in Nordrhein-Westfalen: In NRW, wo nach der ideologischen CDU/FDP-Politik „Privat vor Staat“ ein neuer Aufbruch angesagt wäre, bleibt vieles doch sehr zaghaft, liebe Kolleginnen und Kollegen von SPD und Grünen.

(Zuruf von Gisela Walsken [SPD])

Allzu viel ist nebulös, allzu viel wird in Formelkompromisse und Prüfaufträge verpackt oder wird in

andere Zuständigkeiten wie Gerichte oder auf den Bund verlagert. Das muss man Ihnen an dieser Stelle leider deutlich sagen.

Dasselbe gilt auch für die Finanzplanung. Es gibt nur eine einzige konkrete Zahl in dem ganzen Finanzteil: Da wird davon geredet, dass es in den nächsten Jahren 4 Milliarden € weniger Steuereinnahmen zu den sowieso schon schlechten Werten geben wird.

Es fehlt wirklich sehr vieles, was die Dinge konkreter macht. Es wird davon geredet, dass eine transparente Haushaltsführung fortentwickelt werden soll. Sie reden auch vom Ausbau der Steuergerechtigkeit. Wie das allerdings konkret aussehen soll, das bleiben Sie in der Sache leider schuldig. Wir als Linke wollen die Einnahmeseite endlich wieder stärken. Deswegen wollen wir auch eine Ausweitung der Betriebs- und Außenprüfungen, wie Sie das in Ihrem Koalitionsvertrag auch durchaus beschreiben. Aber – ich sage es deutlich – wir müssen es endlich konkret machen: Wir müssen nicht nur die ausgewiesenen Stellen für die Betriebsprüfer, die Sie noch nicht mal vollständig besetzt haben – neben den 2.000 Stellen, die in den letzten fünf Jahren schon abgebaut wurden –, besetzen, sondern wir müssen die Stellenzahl natürlich noch ausweiten – und das ist die Forderung unseres Antrags –, indem wir 500 neue Steuer- und Finanzprüfer einstellen. Wir wollen nämlich endlich verhindern, dass die Leute hier in Nordrhein-Westfalen, die Millionen verdienen, dieses Geld auf Schweizer Nummernkonten bringen. Das kann nicht die richtige Politik sein.

(Beifall von der LINKEN)

Ich zitiere mal die OECD. Die OECD hält Deutschland mangelnde Steuerprüfung vor. Sie wirft Deutschland vor, Steuerzahlungen zu selten zu überprüfen. Ein enormes Potenzial bleibe ungenutzt, um durch einen besseren Steuervollzug den Abbau der Haushaltsdefizite zu unterstützen, sagte der Leiter der OECD-Steuerabteilung, Jeffrey Owens, der „Berliner Zeitung“ vor ein paar Tagen.

Wir sind hier also nicht alleine. Auch der Bund der Steuerzahler fordert, die Milliardensummen, die eigentlich von den Unternehmen gezahlt werden müssten, endlich durch vernünftige Steuerprüfung einzunehmen. Viele Betriebe in Nordrhein-Westfalen werden nur alle fünf bis 20 Jahre überprüft. Das kann nicht die Realität sein. Das ist aber genau die Politik, die Sie hier in den letzten Jahren betrieben haben. Jeder Lohnsteuerzahler ist verpflichtet, seine Steuern hier vollständig zu bezahlen – aber die Großen lassen Sie laufen, die Kleinen müssen bezahlen. Das wollen wir ändern.

(Beifall von der LINKEN)

Wir wollen die Steuerflucht bekämpfen, wir wollen die Steuerprüfung intensivieren und wir wollen vor allem Mehreinnahmen generieren. Deshalb haben wir diesen Antrag gestellt. Wir wollen hier eine andere

Politik. Die werden wir jetzt auch machen und vorantreiben. Wir werden auch Rot-Grün in dieser Angelegenheit vorantreiben.

(Vorsitz: Vizepräsidentin Angela Freimuth)

Ich hoffe, dass es uns gelingt, tatsächlich zu einer anderen Steuerpolitik, zu einer anderen Steuerprüfungspolitik in Nordrhein-Westfalen zu kommen. Ich hoffe auch, dass wir dies in den nächsten Monaten schaffen; denn wir wollen es sehr schnell umsetzen. – Danke schön.

(Beifall von der LINKEN)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Sagel. – Als nächster Redner hat für die Fraktion der CDU der Abgeordneterkollege Dr. Petersen das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.